

Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetall 10 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Artlen.

Nr. 17

Donnerstag, den 9. Februar 1928

41. Jahrgang

Genf oder Wien?

Beim Völkerbundsekretariat in Genf geben große Dinge vor sich. In langen, heißen Bemühungen hat man sich endlich auf das Hauptziel eines neuen Veralles für den Völkerbund geeinigt, nur soll dieser Vau nicht ein, sondern achtzehn Millionen Goldfrank kosten. So ganz mit rechten Dingen ist es bei der Konkurrenz und bei der Entscheidung über die vorzulegenden Pläne auch nicht zugegangen; denn ziemlich stark spielen hier politische Gesichtspunkte hinein. Die Welt, die ganz anders wäre sich erträgen; denn der Völkerbund sollte oder sollte nach Wien überleben. Auch aus diesem Grunde wird sofort eine politische Aktion und eintritt wird hin und her überlegt, ob das nützlich und schließlich sei im Hinblick auf die Strömungen und Gegenströmungen, die den Völkerbund durchziehen und bei den Sitzungen in Genf oft genug an die Oberfläche treten.

Genf, es mag langweilig sein am Genfer See; selbst das majestätische Panorama der Alpen oder die bloße Schönheit des Sees mit seinen Ufern wird dem gleichgültig, der allzulange dort verweilt. Wer denn fühlen sich jene rund laufend Männlein und Weiblein, die beim Völkerbundsekretariat und beim Internationalen Arbeitsamt mehr oder weniger eifrig herumwirren, von ihrem Wirksamkeit, der Schweiz, nicht gut genug behandelt. Man ist nicht exterritorial, wie es sonst die Mitglieder der diplomatischen Vertretungen sind und wie man es gern sein möchte, fragt auch sonst über mangelnd, mit Recht und mit Unrecht. Besonders sei, wenn die großen Sitzungen stattfinden, die Unterbringung der Staatsmänner, der Presseleute und was alles sonst noch bei solchen Gelegenheiten in Genf zusammenströmt, eine immer schlimmer werdende Katastrophe. Also auf nach Wien, die schöne kleine Donau, in die Stadt aber herrlicher Parochiale, in die Hofburg, wo bis vor zehn Jahren die Hofbürger residierten. In die Stadt der Straßchen Wasser und das noch immer heiligen Lebensgeheimnis! Und — nebenbei — auch der besseren Verkehrsbedingungen!

Und doch wäre eine herabige Überführung, wenn sie politisch ein Gesichtspunkt zu prüfen. Der amerikanische Präsident Wilson hat 1919 sehr dafür gefordert, daß das neugeborene Kinde, der Völkerbund, nach Neutratien kam, in die Schweiz. So ganz neutral ist man in Genf allerdings auch nicht, sondern, wie wir Deutsche es oft genug zu verfahren haben, in französischen Teil der Schweiz. Die Sympathien neigen unbedingt nach Frankreich. Die Genfer Presse bringt das recht oft zum Ausdruck und das färbt natürlich zweifellos auch auf die Einstellung der Völkerbunddelegierten ab. In Wien wäre das wohl anders, denn noch immer hat diese Stadt an ihrem patriotischen Charakter festgehalten. Auch Österreich ist theoretisch neutral, wenn auch längst nicht durch so viele internationale Verträge darin geschützt wie die Schweiz. Aber nicht von der Hand zu weisen ist gerade deswegen das Bedenken, daß die Überführung des Völkerbundes nach Wien einen Schaden für die Völkerbundbewegung bedeuten würde. Die Welt ist nicht so einfach, wie man denkt, und man darf nicht erwarten, daß die Überführung gerade aus solchen Gründen ein Erfolg sein würde. Die Welt ist nicht so einfach, wie man denkt, und man darf nicht erwarten, daß die Überführung gerade aus solchen Gründen ein Erfolg sein würde. Die Welt ist nicht so einfach, wie man denkt, und man darf nicht erwarten, daß die Überführung gerade aus solchen Gründen ein Erfolg sein würde.

Im übrigen meldet die französisch-offizielle Staatsagentur aus Genf, in autorisierten Kreisen des Völkerbundes erkläre man, von einer Verlegung des Sitzes des Völkerbundes von Genf nach Wien nichts zu wissen. Demnach scheint die Verwirklichung der Idee noch in weitem Felde zu liegen.

Mietfragen vor dem Reichstag.

Berlin, 7. Februar.

Ein größeres Quantum an Zustellbarkeit, als wie die heutige Reichstagsabteilung aufweist, sieht sich kaum veranschlagen. Während die Zahl der Abgeordnetenbanken, eine nur geringe Anzahl von Besuchern auf den Zubehörräumen. Die stundenlangen Monologe der Parteivertreter am Rednerpult können die Schatten der tödlichen Rangeweile nicht aus dem Saal bannen. Verdächtig sieht unter den wenigen Anwesenden das Gesicht der Schallfische umher. Und doch handelt es sich um nichts geringes. Die Frage mit welcher Zahl der Abgeordneten die Reichstagsabteilung beschaffen werden oder nicht? In letzterem Falle würde es am 16. Fe-

bruar ablaufen, im anderen Fall es bis 1930 verlängert werden. Die Regierung hat eine Antwort auf Veränderung gebracht, der Reichstag hat sie vielfach unannehmlich. Das Resultat ist, daß dem Reichstag in Zukunft in Fällen, in denen er bisher nur das Recht zur Klage auf Klärung hatte, ein Klärungsrecht eingeräumt werden soll. Gegen die Klärung steht dem Reichstag zwei Wochen das Einspruchsrecht zu, über welches dieses entscheidet oder auf Wunsch des Reichstages eine Güterverhandlung abnimmt. Dies, kurz gesagt, der Inhalt der Vorlage.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dippelst verwarf sie in Grund und Boden und erklärte sie als nichtüberwindlichen Versuch, bei der Reichstagsabteilung das Recht der Klärung und der Einspruchsbestimmungen noch zu steigern. Am trat in schärfster Weise sofort der Reichsminister und Reichstagspräsident entgegen, der die Schwärzmalerei des Vorredners als gänzlich unberechtigt erklärte. Hier liegt nur der Wille der Regierung vor, auf dem verwerrenen Wege zu normalen Zuständen zu gelangen, die allerdings von der anstehenden Zwangsversteigerung abhängen. Man allein die Klärung, sondern auch die Einspruchsbestimmungen beschränken das Gesetz, denn auch von letzteren seien etwa 600 Eingaben jeweils anderweitiger Vorarbeiten überhand genommen. Der richtige Weg liege also in der Mitte.

Eine kleine, immerhin existierende Unterredung der nächsten Woche hat es bei der Ministerrede, als der Reichstagspräsident betonte, es sei höchst bedauerlich, wenn zu der Klärung der Zwangsversteigerung noch die Klärung trete, die über dem harnelstigen Entwurf geschwungen würde. Das ist natürlich mannigfaltige Gelegenheit bei den Opponenten hervor, die sich mitunter fast zu persönlichen Insulten zuhasten und den Reichstagspräsidenten das Verhalten, um den nicht anwesenden Reichstagspräsidenten und den Reichstagspräsidenten zu bezeichnen. Der deutsche Abgeordnete Dippelst brachte dem Reichstagspräsidenten und hielt ebenfalls die Vorlage für nicht so bedeutend, um in der Öffentlichkeit Unruhe zu erzeugen. Man will belügen, wenn man die Reichstagspräsidenten die Reichstagspräsidenten das Verhalten, um den nicht anwesenden Reichstagspräsidenten und den Reichstagspräsidenten zu bezeichnen. Der deutsche Abgeordnete Dippelst brachte dem Reichstagspräsidenten und hielt ebenfalls die Vorlage für nicht so bedeutend, um in der Öffentlichkeit Unruhe zu erzeugen.

Der Besuch des Afghanenkönigs Aman Allah.

Das Programm seines Berliner Aufenthalts. Der König von Afghanistan wird, wie nunmehr feststeht, am 21. Februar von der Schweiz her an der deutschen Grenze eintreffen. Er wird dort von Vertretern der Reichsregierung empfangen und fährt im Sonderzug über Frankfurt a. M. nach Berlin ab, wo er am 22. Februar, morgens, auf dem Reichstagsbahnhof ankommt. Hier wird er von dem Reichspräsidenten und dem Reichstagspräsidenten empfangen werden. Abends ist beim Reichspräsidenten ein Diner vorgesehen, am 23. ein Diner beim Reichstagspräsidenten, am 24. ein Galadiner. Am 25. gibt der König seinerseits ein Diner. König Aman Allah wird nach Zusammen mit seiner Gemahlin nur einige Tage in Berlin bleiben, um vor allem infolge der Reichstagspräsidenten die für die Entwicklung seines Landes von Bedeutung sind. Daneben wird er verschiedene Schulen besichtigen und das deutsche Verkehrsweesen eingehend studieren. Nach dem Verlassen Berlins wird sich das afghanische Königspaar voraussichtlich noch eine Woche in anderen Teilen Deutschlands aufhalten.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen.

Eine 75-Millionen-Anteile. — Senkung der Steuern. Mit Rücksicht auf die durch die Friedensverträge geschaffene einseitige wirtschaftliche Last Ostpreußens war in der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ende Dezember v. J. abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Reichsministers und des preussischen Staatsministers die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für diese Provinz grundsätzlich anerkannt worden. Aber die Durchführung dieser Hilfsmaßnahmen sind in der Zwischenzeit eingehende Beratungen unter dem Vorsitz und mit den Vertretern der ostpreussischen Wirtschaft in Königsberg und in Berlin gepflogen worden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bildet jetzt den Gegenstand erneuter gemeinschaftlicher Beratungen der beiden Kabinette unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten. Dabei wurde ein volles Einverständnis über die Hilfsaktion erzielt.

Diese zerfällt in ein System von einzelnen Maßnahmen, zu denen insbesondere auch die Erleichterung der Aufnahme einer größeren Anteile gehört. Aus Mitteln des Reichs und Preußens wird für das laufende Jahr ein Betrag von 75 Millionen Mark vorgesehen, von denen 60 Millionen vom Reich, 15 Millionen vom Preußen bereitgestellt werden sollen. Die Wege, die zur Durchführung der Befreiung der ostpreussischen Wirtschaft beschritten werden sollen — die Errichtung neuer eisenbahnlicher Realcredit zu günstigen Bedingungen, die Umwandlung der bestehenden hohen Personalschulden der Landwirtschaft in einen langfristigen zweifelhafte Hypothekencredit, besondere Kreditmaßnahmen für Kleinrentnerische Besitzer, Wälder, Viehzucht und weitere Maßnahmen zur Befreiung des Verkehrs und der Erhaltung der ostpreussischen Industrie — lauten alle diese Maßnahmen.

Zur Senkung der öffentlichen Lasten wird das Reich durch Entgegenkommen bei den Reichsteuern und durch andere Entlastungsmaßnahmen, Preußen durch Erleichterung der Schulden und der Realsteuern beitragen. Schließlich wurden die Vorläufe für eine besondere Berücksichtigung Ostpreußens auf dem Gebiete des Eisenbahngüterverkehrs geprüft und anerkannt. Die Hilfsmaßnahmen werden unverzüglich verwirklicht werden.

Entführung Deutscher in China.

Angeklagte Gewalttat von Banditen. Die dauernden Unruhen in China haben nun auch mehrere Reichsangehörige in Schanden und Gefahr gebracht. Senat der Lok einer Deutschen ist dabei zu beklagen. Aus Peking wird über den Vorfall gemeldet: Während eines Gottesdienstes Mitte Januar drangen hundert Banditen bei Tage in das Gebäude der deutschen evangelisch-lutherischen Mission in Peking ein und entführten nach einem Zusammenstoß, bei dem einige Chinesen getötet und verwundet wurden, drei deutsche Missionare und eine Frau als Gefangene. Daten, die nach Tsingtau gelangt wurden, um ein Abgelose von 60.000 Dollar für die vier Deutschen zu fordern, wurden verachtet; darauf wurden Truppen zur Befreiung der Deutschen abgeschickt. Als die Truppen zum Angriff schritten, stellten die Banditen die Deutschen vor sich auf. Während des Kampfes fielen die Namen der Aufreger. Ein Deutscher wurde verwundet.

Ob mittlerweile eine Befreiung der deutschen Priester möglich war, ist aus den über London kommenden Meldungen nicht ersichtlich. Nebenfalls ist von den zukünftigen Zielen zu erwarten, daß alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um Befreiung der Gefangenen und Tilgung der Forderung zu erreichen.

Der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag.

Kritik haben und drücken. Der Wortlaut des in Washington unterzeichneten französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages soll erst veröffentlicht werden, wenn der amerikanische Senat ihn ratifiziert haben wird. Nach dem Pariser „Welt Journal“ bezieht der Vertrag auf eine Einigung und aus vier Artikeln. Die Punkte sind: daß beide Mächte seit 150 Jahren in Frieden und Freundschaft leben und erklären, auf den Krieg als Instrument ihrer nationalen Politik verzichten zu wollen. Artikel 1 sieht vor, daß alle Streitigkeiten, die zwischen den beiden Ländern entstehen könnten, durch eine Ausschusskommission geregelt werden. Artikel 2 bestimmt, daß Streitigkeiten juristisch Art den Internationalen Gerichtshof in Haag oder einem anderen Gerichtshof unterbreitet werden. Artikel 3 nimmt von dem Schiedsverfahren aus: 1. Streitigkeiten, die sich aus der gegenseitigen Befreiung eines der beiden Länder ergeben, 2. Streitigkeiten, die durch die Anwendung des „Monroe-Doktrins“ und 4. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Artikel des Völkerbundes ergeben. Der vierte der hier genannten Vorbehalte, der auf Frankreichs Veranlassung einseitig wurde, ist vom amerikanischen Senat bisher nicht angenommen worden. Andererseits äußert auch die französische Presse Bedenken. Das „Journal“ schreibt, daß der Vertrag nicht das Mittel schaffe, auf friedlichem Wege alle Konflikte zu lösen, und das „Echo de Paris“ meint, daß man von den Vereinigten Staaten freundschaftliche Handlungen, die mit ihren Interessen und Interessen im Widerspruch stehen, nicht erwarten dürfe.

Die Abschaffung der Unterseeboote.

Japan ist skeptisch. In einer Unterredung mit Pressevertretern führte der amerikanische Staatssekretär Kellogg aus, die Vereinigten Staaten beabsichtigen die Einstellung des Baues oder der Verwendung aller Unterseeboote, die eine barbarische Methode der Kriegsführung darstellen. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit der ganzen Welt einen Vertrag einzugehen, um das Ziel zu erreichen, auf das die von Töchterham im Neapolienserhaus eingebrachte Entschließung abzielte. Die Erklärung Kelloggs wird in Tokio mehr als willkommen empfunden als praktische Vorleistung betrachten. Die Beschlüsse der japanischen Marineverwaltung diesen Beschlüssen für nicht sehr ernst hält. Es wird in Abrede gestellt, daß Kellogg vor seinen Erklärungen in Tokio Erklärungen abgegeben habe, und hinzugefügt, daß sich die Ansicht Japans über die Abschaffung der Unterseeboote seit der Washingtoner Konferenz nicht geändert habe. Japan habe den Vorfall als höchst angenehm angenommen, aber nur unter der Bedingung, daß alle Mächte ihn annehmen.

Dem Marineberichterstatter der „Morning Post“ zufolge wird in britischen Kreisen die Hoffnung ausgesprochen, daß auf die Erklärung Kelloggs über die Unterseeboote später eine offizielle Note an die Mächte folgen werde.

Elternschaftsversicherung.

Beschlüsse des Reichsbundes der Kinderreichen.

Auf Einladung des Reichsbundes der Kinderreichen fand unter Leitung des Vorsitzenden, Konrad Düsselhof, am 4. und 5. Februar in Berlin eine grundlegende Aussprache von Bevölkerungspolitikern über einen geordneten Ausbaufeld der Familien im Reich. U. a. waren der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Professor Jahn, Oberregierungsrat Burgdörffer vom Statistischen Reichsamt Berlin, der erste deutsche Sozialhygieniker Professor Crojahn, Berlin, Reichsgerichtsrat Jeller, Leipzig, Mediz.-Rat Engelmann, Kiel, Dr. Sammler, Berlin, und Professor Schmitz, Münster, anwesend.

Anlaß zu dieser Zusammenkunft waren die zahlreichen Vorklässe, die von verschiedenen Seiten in den letzten Jahren zur Bekämpfung des Verfalls der deutschen Familie, insbesondere der Kinderreichen, in der Öffentlichkeit gemacht worden sind. Wie weitigen war sich darüber einig, daß die Erfüllung des Artikels 119 der Reichsverfassung (Kinderreiche Familien haben Anspruch auf Fürsorge) nur durch eine Elternschaftsversicherung gewährleistet werden könne. Man einigte sich auf folgende Richtlinien: 1. Gefordert wird ein Gesetz für die Familien aller Berufsklassen, soweit sie nicht schon jetzt angemessene Kinderzulagen beziehen. 2. Als geeigneter Weg wird die Anlagendeckung an die bestehende Sozialversicherung betrachtet. 3. Kinderzulagen sollen für jedes Kind gewährt werden, gestieft nach der Zahl.

Steuererleichterungen in England.

Die englische Thronrede.

Die Parlamentskammer in London ist wieder eröffnet worden. Die dabei verlesene Thronrede sagt u. a.: Die Lage in China hat sich so weit gebessert, daß die nach dem äußeren Dienst zum Schutze der englischen Interessen und der englischen Besitzungen in den Konzeptionen erlassenen Decrees und Verfügungen die Unabhängigkeit der Inseln nicht gefährden, jedoch lassen die Unordnung und der Bürgerkrieg sowie der Mangel an Sicherheit noch Befürchtungen aufkommen. Die Regierung hält ihre frühere Erklärung aufrecht, nach welcher sie sich bereit erklärt, den chinesischen Wünschen zu entsprechen, sobald die Chinesen den Schutze des Lebens und der Besitztungen der Ausländer gewährleisten werden. Die Regierung prüft mit Wohlwollen den von den Vereinigten Staaten überreichten Entwurf für einen neuen Schiedsgerichtsvertrag. Die Rede hebt noch einige Angelegenheiten hervor, die auf eine allmähliche Besserung des inneren und äußeren Handels schließen und die auf eine Fortsetzung der Besserung im nächsten Jahre hoffen lassen. Die Regierung prüft die Möglichkeit, die Last der direkten Steuern auf Industrie und Landwirtschaft zu erleichtern, und wird einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landes- und Erbschaftsteuer dem Parlament unterbreiten.

Dollische Rundschau.

Deutsches Reich.

In Haushaltsausführung des Reichs.
Im Haushaltsausführung des Reichs ist durch den heutigen Filmwettbewerb, das das Volk vergrößert und das geistige Weltbild systematisch verbessert werden. Um diesen geistigen Wettbewerb zu fördern, mußte die Volksbildung mit allen Mitteln gefördert werden. Von der Regierung wurde der Streit an dem heutigen Filmwettbewerb durchzuführen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch einen kürzlich erfolgten Zusammenstoß sämtlicher Kulturinstitute Deutschlands eine Förderung des Kulturfilms einleiten werde. Der Landtag nahm einen Antrag an, die bisher durch den Ministerialdirektor Dr. Schöner verfahrenen in einer Sonderkommission für sich dem Landtag in einer Sonderkommission am 14. Februar vorzustellen.

Neue Regierung in Hessen.
Die Bildung der neuen Regierung in Hessen ist jetzt vollzogen worden. Es wurde folgende Verteilung der Ministerien beschlossen: Staatspräsident und Kultusminister: Dörling (Soz.); Inneres: Lauffer (Soz.); Finanzen: Steinberger (Ztr.); Arbeit und Wirtschaft: Kroll (Dem.); das Justizministerium wird wie bisher durch den Ministerialdirektor Dr. Schöner versehen.

Neuaustritt aus dem Reichsbanner.
Der sächsische Ministerpräsident Seiditz hat in einem Schreiben an den Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold seinen Austritt aus dem Reichsbanner und dem Bundesvorsitzenden erklärt. In dem Schreiben stellt die Frage, was denn überhaupt der Kampf der politischen Parteien untereinander das Reichsbanner angehe, das sich doch bisher immer als politisch überparteiliche Organisation zu bezeichnen pflegte? Die Antwort könne nur die sein, daß das Reichsbanner zur sozialdemokratischen Politik geworden sei.

Nordamerika.

Freigabe des Senatsauswahlgesetz.
Der Finanzauswahlgesetz des Senats in Washington hat die Freigabe endlich aufgegeben. Es wird demnach dem Plenum zugehen, und mit ihrer Verabschiedung können etwa 14 Tagen nach nunmehr gerichtet werden. Der Wortlaut der Vorlage ist im wesentlichen derselbe wie der Text des im Repräsentantenhaus angenommenen Gesetzes, der die sofortige Freigabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums sowie Entschädigung für Schiffe, Patente und Funktionäre in Höhe von 100 Millionen Dollar vorsieht.

Aus In- und Ausland.

Berlin. In Berlin wird die Gründung einer Nationalbank geplant, für deren Leitung ein deutscher Amerikaner in Aussicht genommen ist.
Paris. Nach dem Wort Berast* ist General Combes aus Paris eingetroffen, um den Prinsen Carol, dessen Vermögensgegenstände Combes ist, anzukommen. Es handelt sich lediglich um die Bekämpfung privater Interessen Carols.
London. Dem Schatzkanzler Churchill wurde von unbekannter Seite ein Scheck über 500.000 Pfund gelangt, mit dem ein besonderer Fonds zur Abtragung der britischen Staatsschulden eröffnet werden soll.
Rom. Wie die Zeitungen aus Cardone melden, ist Gabriele d'Annunzio seit einigen Tagen krank. Der Kranke ist etwas niedergeschlagen. Die Ärzte haben völlige Ruhe beobachtet.

Aus der Umgegend

Freiwillige Feuerwehr. Neben an einzelnen Orten den Vereinen, die sich direkt dem Wohl der Mitteln widmen, nicht die ihnen gebührende Wertschätzung zufließen, so können wir mit Genugtuung sagen, daß bei uns in Neben dies anders ist: bei uns wird das Besondere der freiwilligen Feuerwehr und ihr fester Wille im Interesse der Bürgerhaft beachtet und hoch bemerkt. Noch nie ist die Wehr mit einer dringenden Forderung abgewiesen worden: man weiß es zu würdigen, daß große Opfer, Ausdauer und Geduld nicht nur von den Mitgliedern des Kommandos, sondern von jedem Mitgliede der Wehr hergegeben werden, die Wehr auf die Höhe ihres heutigen Standes zu bringen. Alljährlich einmal bereitet uns die Wehr auch geistige Stunden, diesmal am nächsten Sonntag im Saale des „Preussischen Hofes“. Auch erwarten viele bereits mit Ungeduld diesen Abend, denn das Feuerwehrfest ist längst uns auf den Höhepunkt des Vereinslebens im Winterhalbjahr, wir haben somit etwas besonders Interessantes zu erwarten. Auch die Langjährigen kommen zu ihrem Recht. Wir möchten an alle Einwohner die Bitte richten, beehrt die Feuerwehr durch ihren Besuch, zumal der Ueberfluß von dem Vergnügen der Ergänzung der Feuerwehrgeräte dient. Der freiwillige Feuerwehr aber rufen wir zu: „Weiter so“, nur eine gute und disziplinierte Truppe, fest in der Hand des Führers, kann in der Stunde der Gefahr ihrer Pflicht gerecht werden. „Wehr Hell“

Pfarrkonzert. Die Pfarrstelle in Kleinwangen ist sofort zu besetzen. Dem neuen Stelleninhaber wird die pfarramtliche Verlegung der Kirchgemeinde Großwangen (Pfarrbezirk Neben) übertragen werden. Bewerbungen sind dem Konfirmanden bis 15. März einzureichen.

Eine Handwerkerversammlung findet am Sonntag, 12. Februar, nachmittags 3 Uhr im Schützenhaus in Freyburg a. U. statt. Herr Syndikus Voigt (von der Handwerkskammer Halle E.) hält einen Vortrag über Schwedens Handwerkerwesen, ferner ist Ausstellung eines Erzmannes zur Handwerkskammer und eine allgemeine Aussprache auf die Tagesordnung gestellt.

Wiedersehensfeier. R. A. N. 236. Am 9.—11. Juni findet die 3. Wiedersehensfeier des R. A. N. 236 in Gera statt. Nach Erfurt und Köln ist diesmal Gera, der zweite Standort des Festabzuges, sowie der Ort der Aufstellung des Regis., gemäß worden. Wir bitten alle Kameraden des ehem. R. A. N. 236, sich jeweils in Gera an die Kameradschaftliche Vereinigung ehem. 236er* Gera, Humboldtstraße, Gumboldtstr., zu wenden. Besondere Einladungen ergehen noch. Merkt sich jeder 236er diese Tage vor!

Die neuen Titel. „Der“, die gestrichen und geblieben sind. Die neue Befehlsgliederung der Reichsbesoldungen bringt zahlreiche Änderungen der Titel oder Dienstbezeichnungen, wie sie jetzt heißen. Der Zusatz „Der“ wird vielfach gestrichen. Es gibt es nicht mehr Oberlotomotivbesitzer, sondern nur noch Lokomotivführer, Bahnhofsleiter, Amtsgehilfe, Labelführer, Junker usw. Nach wie vor gibt es Oberlotomotivführer, Oberbahnführer, Oberbrückenmeister, Oberquarantänenmeister, Obermaterialmeister usw. Ja, der Sandstreifer ist Oberlandmesser geworden. Der Sematrotte und der Seebotmatrotte heißt jetzt mit Recht Matrotte, den es doch auf dem Lande nicht gibt. Der Seehäcker ist Schiffsführer geworden, während der Seepatrosch geblieben ist. Der Hauswart, Pförtner, Amtsbetriebsgehilfe, Vorstandsmitglied, Oberförstner, Amtsbetriebsgehilfe, Wartenmeister, Hausmeister und Oberförstner ist Amtsgehilfe geworden, der Kraftfahrer Kraftwagenführer. Die Oberbahnführer, Oberbahn-, Oberbahn- und Obermaterialvorfesher heißen jetzt Reichsbahnoberführer. Wenn die alten Bezeichnungen besser gefallen, kann sie weiter führen. Vor allem aber vermehren wir einen Titel: den Obersteuerzahler.

Eine erfolgreiche Büchereierzeugung wurde am 24. und 25. Januar für die Volksbüchereien des Regierungsbezirks Merseburg abgehalten. Dem Regierungspräsidenten veranstaltete und persönlich eröffnete Tagung fand in Leipzig in Verbindung mit der dort befindlichen Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereierzeugnis statt. Neben einleitenden Vorträgen sachkundiger Leipziger Volkshilfsleiter wurden praktische Vorführungen über die Einrichtung und Verwaltung einer ländlichen Volkshilfsleiter gegeben. Einen recht großen Raum nahm die Aussprache der Bücherwarte ein, die von ihren praktischen Erfahrungen berichteten und bis auf geringe Ausnahmen sich auf den Standpunkt stellten, daß das echte wertvollste alte und neue Schrifttum, das in sehr vielen Fällen gar nicht schwerig zu lesen ist, dem ganzen Volke bereitgestellt werden muß. Bücher, die nur Lesefutter sind, wurden zwar aus der Praxis genannt, aber nicht empfohlen. Die Bücher der Volkshilfsleiter sollen uns innerlich bereichern, unsern Blick erweitern und uns lebensfähig machen. Das bis auf wenige erkleckliche Ausnahmen wird von den Bücherwarten die eigenartige ihre meist nicht ideale Arbeit gern verrichten, gefügt, daß es heute bei den Gemeinden und Gemeindeverwaltungen nur noch bei manchen höheren Behörden an dem ausstehenden Verhältnis für die bildungsgeleitete Bedeutung der Volkshilfsleiter fehle. Besonders kritisiert wurde die fast überall bestehende geringe Unterstützung der Büchereien durch Gattmittel der Gemeinden und anderer Behörden; wenn ersetzt werden müsse, so dürfe an den Einrichtungen nicht gespart werden, die der geistigen Entwicklung aller Volkshilfsleiter dienen. Letzten Endes dient eine gut geleitete und ausreichend eingerichtete Volkshilfsleiter nicht nur der guten Unterhaltung, der Vertiefung der Bildung und der Bereicherung der Lebenskenntnis, sondern es muß begriffen werden, daß die Büchereien durch Vermittlung und Erweiterung von Kenntnissen auch dem Wirtschaftsleben einen nicht zu unterschätzenden Dienst erweisen. Ein längerer Tagungsbericht und sonstige unterrichtende Druckfächer können von der Beratungskommission für volkstümliches Büchereierzeugnis im Regierungsbezirk Merseburg, Selbständige Wösten bei Bitterfeld, bezogen werden.

Vogelschutz betr. Der Verein für Falkenvogelschutz* verteilt in diesem Jahre an die Heger von Uhus (Bubo bubo L.) Gelbprämien. Jeder, der eine Uhu- oder geflügelte hat, daß sie ausfliegen konnte, erhält einen

Geldbetrag, dessen Höhe von einem Ausschuss nach den zur Verfügung stehenden Mitteln und nach den besonderen Umständen, unter denen die Brut hochgebracht wurde, festgelegt wird. Meldungen über ausgelegene Uhubrüten, die durch eine Forstbehörde bestätigt werden müssen, sind bis zum 15. August d. J. dem Vorsitzenden obengenannten Vereins, Herrn Major a. D. Wegner, Berlin S42, Oranienstraße 68, einzureichen, der das Weitere veranlaßt. Später eingehende Meldungen werden nicht berücksichtigt. Ermäßigungen ist Widerspruch beizulegen, da sonst keine Antwort erlisst.

Bad Bibra. Beim Abbruch von Ginkeln in einem hiesigen Geschäft erlitt der 64jährige Landwirt Louis Vollmar aus Schimmel einen Schlaganfall und starb. Durch Samariter der Sanitätskolonne wurde der Verletzte auf seinem in einem Nachbargelände haltenden Wagen geborgen.

Naumburg. Der Stadtvordemortvorfesher gibt bekannt, daß die Stadtvordemortverammlung beschlossen hat, mit Rücksicht auf die späreren wirtschaftlichen Verhältnisse die 900-Jahr-Feier der Stadt in diesem Jahre auszusparen zu begehren. Von einem historischen Festzug soll abgesehen werden.

Weißenfels. Verschriebenlich wurde in Weißenfels schon versucht, einen größeren Preisfuß zu veranlassen. Daß aber bekannt ist, daß die hiesige Stadverwaltung 2% der Einkünfte als Steuer beansprucht, so kam nie eine größere Beteiligung zustande. Nunmehr ist unter den hiesigen Elteren eine Bewegung im Gange, die auf Verrückung dieser hohen Abgabe hinstrebt. Die Elteren wollen bei der nächsten Stadtvordemortversammlung solche Kandidaten wählen, die sich energisch für Abschaffung der Statuten einsetzen. Die Dampfmaschinerie Jobban, die insofern wichtiger wirtschaftlicher Beschäftigte ist, 1 1/2 Säcken Mehl liefert, gekamte vor dem Weißenfels Amtsgelände zur Verfestigung, Frachten der Wert des Grundstücks einfließen. Maschinen und Garten von Sachverständigen auf 80.000 M. geschätzt wurde, lautet das Höchstgebot auf 9600 M. Es wurde von Herrn Hugo Henner-Leipzig abgehoben.

Beimar. Zu einer blutigen Gehege kam es am Sonnabend in der Adorfstraße hier. Dort kam der Arbeiter Otto Kimmel betrunken nach Hause und drohte seine Frau, weil er in Streit geriet, mit dem Messer. Die Frau ergriff in der Notwehr ein Beil und verletzte dabei ihrem Mann einen tiefen Schnitt über den Kopf. Der Schwereverletzte mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Sondershausen. In der Nacht zum Sonnabend wurde ein Einbruch in das hiesige Arbeitsamt verübt. Der Geldschrank wurde mit Sauerstoffgebläse erbrochen und seines Inhaltes von rund 7000 Mark, die heute zur Ausschüttung kommen sollten, beraubt. Vom Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Bernigrode. Der Industrielle Ernst Frenzen, welcher vor vierzehn Tagen in Schiere mit seiner Braut (Ed. Braun aus Berlin-Schöneberg) beim Vorkommen in Schiere schwer verunglückt war, ist im Krankenhaus in Bernigrode seiner Braut in der Tod nachgegeben. Der Verunglückte hatte außer einer furchtbaren Schädelverletzung noch weitere acht Knochenbrüche davongetragen. Sein Leichnam wurde nach Müching-Grabach übergeführt.

*** Vom Mörder Heins.** Durch das offene Geständnis der der Öffentlichkeit so überaus aufregenden Morbtaten Heins fehrns des nunmehr im sicheren Gewahrsam in Koblenz sitzenden Mörders ist der Weg, den derselbe auf seiner Flucht genommen hat, klar geworden. Die Gerichtsverhandlung wird neues nicht mehr bringen. Heins wollte sich, wie er sagt, nach dem Rheinland durchzuschlagen und sich, um seine Eltern noch einmal zu sehen. Mit dem Geständnis Heins erklärt sich auch die Möglichkeit, daß er in verhältnismäßig kurzer Zeit von Plauen aus nach Westphalia kam, von wo aus er den Zug benutzt hat. Von westphalischer Seite wird der noch nicht 30jährige Heins als psychologische Figur eingestuft, seine Verangenheit läßt jedoch keinerlei Rückschlüsse darauf zu. In Düsseldorf-Geresheim wurde er geboren. Seine Eltern und seine drei Geschwister sind in weitem Umkreise nur als achthare und unbescholtene Menschen bekannt. Erbliche Belastungen durch Alkoholismus oder Kränklichkeit sind in der Familie nicht zu verzeichnen. Als Schulfreie hat Johann Heins niemals zu Plauen Anlaß gegeben. Seine Zugnisse weisen in den acht Schulfahren für Betragen nur die Präparate „gut“ und „sehr gut“ auf. Auffallend war seine außergewöhnliche körperliche Stärke gegenüber seinen gleichaltrigen Schulfreunden. Ein Handwerk hat Heins nicht erlernt. Bei verschiedenen Düsseldorf-Firmen war er bis Ende 1925 als Wöhler beschäftigt. In Geresheim gehörte er als viel bewundener Kraftsmann dem dortigen Arbeiterklub an. Auch sein am Ohligter Volktraub beteiligter Komplex-Larm ist in Geresheim aufgewachsen. Bei keinem von beiden hätte man diese Verbrechen vermutet. Als Larm und Heins im Winter 1925 arbeitslos wurden, sah man sie sehr oft zusammen. Seit dieser Zeit barrierten auch die Strafaten. Die Angehörigen der beiden Freunde waren vollkommen „abnumlos“. Daß Heins die Kriminalpolizei in ungewöhnlicher Weise hinterlistig zu führen verstand, beweist sein unentdeckter Aufenthalt am Sonntag, den 15. Januar, in Düsseldorf-Geresheim. Nicht weniger als 17 Stunden hielt er sich auf, trotz der zahlreichen Kriminalbeamten, die das ganze Wohnortel absperrt hielten. Er gab an, aus Libbenau zu kommen. In seinem Besitz hatte er drei große Revolver. Im Elternhaus ist er seit seinem Fortgehen Ende 1925 nicht mehr gesehen.

*** Eine Brandpflanzepidemie** scheint zurzeit im Wehrwald zu herrschen. Die Waldaufsichts-Brandpflanzungsanstalt hat sich veranlaßt gesehen, für die Aufhebung eines jeden Falles von Brandpflanzung eine Beschränkung bis zu 1000 M. anzusetzen. In den letzten vierzehn Tagen wurden nicht weniger als zwölf Brände in dieser Gegend gemeldet.

*** Großfeuer** auf drei Bauerngütern. Am Montag nachmittags 2 Uhr brach in Unterwieschütz bei Adorf in dem Bauerngut von Demald, Schiller ein Brand aus, der

Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzelle 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzelle im Rahmenstiel 16 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Hedra — Bankverein Aktien.

Nr 17

Donnerstag, den 9. Februar 1928

41. Jahrgang

Genf oder Wien?

Beim Völkerbundsekretariat in Genf gehen große Dinge vor sich. In langen, heißen Bemühungen hat man sich endlich auf das Hauptziel eines neuen Paktes für den Völkerbund geeinigt, nur soll dieser Pakt nicht ein, sondern adtschen Millionen Goldmark kosten. So ganz mit rechten Dingen ist es bei der Konfurrenz und bei der Entscheidung über die vorgelegten Pläne auch nicht zugegangen; denn ziemlich stark spielen hier politische Überlegungen hinein. Da jetzt nun plötzlich irgend jemand das Gesicht in die Welt, diese oder jene Bemühungen würde sich erbringen: dem Völkerbund solle oder möge nach Wien übersehen. Auch aus diesen Gerüchten wird sofort eine politische Aktion und erfragt wird hin und her überlegt, ob das nützlich und schließlich im Hinblick auf die Ertrömungen und Gegenströmungen, die den Völkerbund durchziehen und bei den Sitzungen in Genf oft genug an die Oberfläche treten.

Genf, es mag langweilig sein am Genfer See; bleibt das majestätische Panorama der Alpen oder die feine Schönheit des Sees mit seinen Ufern wird dem gleichgültig, der abgelenkt dort verweilt. Außerdem fallen sich jene rund laufend Männer und Weiber, die beim Völkerbundsekretariat und beim Internationalen Arbeitsamt mehr oder weniger eifrig herumwirbeln, von ihrem Wirksamkeit, der Schweiz, nicht gut genug behandelt. Man ist nicht territorial, wie es sonst die Mitglieder der diplomatischen Vertretungen sind und wie man es auch sein möchte, fragt auch sonst über mangelhaft, mit Recht und mit Unrecht. Besonders bei, wenn die großen Sitzungen stattfinden, die Unterbringung der Staatsmänner, der Presseleute und was alles sonst noch bei solchen Gelegenheiten in Genf zusammenströmt, eine immer schlimmer werdende Katastrophe. Also auf in die Stadt oder herrlicher Parochialität, in die Dörfchen, wo bis vor sehr Jahren die Salsbrunnen resistierten. In die Stadt der Strahlen des Wassers und des noch immer heitern Lebensgenusses! Und — nebenbei — auch der besseren Verkehrsverbindungen!

Und doch wäre eine betrieblige Überlegung, wenn sie überhaupt ernstlich ins Auge gefaßt wird, auch unter politischen Gesichtspunkten zu prüfen. Der amerikanische Präsident Wilson hat 1919 sehr dafür gefordert, daß das neugeborene Kinde, der Völkerbund, nach Neutralität, in die Schweiz. So ganz neutral ist man in Genf allerdings auch nicht, sondern wie wir Deutsche es oft genug zu verheißern haben, in französischen Teil der Schweiz. Die Sympathien neigen unbedeutend nach Frankreich. Die Genfer Presse bringt das recht oft zum Ausdruck und das fahrt natürlich zweifellos auch auf die Einstellung der Völkerbundsdelegierten an. In Wien wäre das wohl anders, denn noch immer hat diese Stadt an ihrem politischen Charakter festgehalten. Auch Österreich ist theoretisch neutral, wenn auch längst nicht durch so viele internationale Verträge darin gesichert wie die Schweiz. Aber nicht von der Hand zu weisen ist gerade deswegen das Bedenken, daß die Überleitung des Völkerbundes nach Wien einen Umstoß in die Richtung des Nationalismus herbeiführen würde. Wiewohl wurde aus manchen Wiener Kreisen heraus die Überleitung arg angesehen, weil man sich große wirtschaftlich-finanzielle Vorteile davon verspricht. Genf könnte geltend gemacht werden, der Völkerbund werde gerade in Wien sehr, wie fast in Österreich der Anstaltschulle an entscheidend sein; insbesondere könnte man darauf eine stärkere Rechtsgültigkeit des Völkerbundes erwarten. Dieser aller rosen Optimismus vermag, daß sich der Völkerbund bisher noch nie von Gefühlen hat leiten lassen, sondern immer nur von politischen Erwägungen; gibt es doch in der französischen Presse, darunter auch bei Zeitungen, deren eine Beziehungen zu den französischen Antisemiten bekannnt, ja, seltene Stimmen, die schon die deutsche Anstaltspropaganda als einen Verstoß gegen den Artikel 80 des Versailles Friedensvertrages betrachten und sie deshalb verboten wollten! Ob sich daran viel ändern würde, wenn wirklich der Sitz des Völkerbundes nach Wien verlegt wird und man dort den Anstaltschulle des Völkerbundes besser erweist, man müßte sehr es sein, aber doch nicht sehr wahrscheinlich, daß die nahe liegenden Folgen aus dieser Verlegung entgegen werden.

Im übrigen meldet die französisch-offizielle Hauptagentur aus Genf, in autorisierten Kreisen des Völkerbundes erkläre man, von einer Verlegung des Sitzes des Völkerbundes von Genf nach Wien nichts zu wissen. Danach scheint also die Verwirklichung der Idee noch in weitem Maße zu liegen.

Mietfragen vor dem Reichstag.

Berlin, 7. Februar.

Ein größeres Quantum an Unzufriedenheit, als wie sie die heutige Reichstagsagung aufweist, gibt sich kaum veranschaulichen. Seltene Begegnung auf den Abgeordnetenbänken, eine nur geringe Anzahl von Besuchern auf den Podestribünen. Die fundamentalen Monologe der Parteivertreter am Rednerpult können die Schatten der tödlichen Langeweile nicht aus dem Saal bannen. Verächtlich schielend über den weichen Anhaltenden das Gesicht der Schloßscheide umher. Und doch handelt es sich um nichts geringeres als die Frage nach gestiehltem Zolle der Wirtschaft und der Arbeit. Und doch werden oder nicht? In letzterem Falle würde es am 16. Fe-

bruar ablaufen, im anderen Fall es bis 1929 verlängert werden. Die Regierung hat eine Vorlage zur Verankerung erbracht, der Reichstag hat sie vielfach umgearbeitet. Das Resultat ist, daß dem Vermieter in Zukunft in Fällen, in denen er bisher nur das Recht zur Miete auf Kündigung hatte, ein Kündigungsrecht eingeräumt werden soll. Gegen die Kündigung steht dem Mieter binnen zwei Wochen das Einspruchsrecht beim Amtsgericht zu, über welches dieses entscheidet oder auf Wunsch des Vermieters eine Güterverhandlung anberaumt. Dies, kurz gefaßt, der Inhalt der Vorlage.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Lipinski verwarf sie in Grund und Boden und sprach sie als niederträchtlichen Versuch, bei der bestehenden Wohnungsnot das Genie der Mieter und der Wohnungsbewohner noch zu steigern. Dem Staat in lebhafter Weise fordert der Reichsminister und Abgeordneter Dr. Engel, der der Sozialminister des Reiches als gänzlich unbedeutend erklärte. Hier liegt nur der Wille der Regierung vor, auf dem verworrenen Wege zu normalen Zuständen zu gelangen, die allerdings von der ungeliebten Wohnungsnot freigesetzt. Man allein die Mieter, sondern auch die Vermieterorganisationen bekämpfen das Gesetz, denn auch von letzteren sind etwa 600 Eingaben zwecks anderweitiger Vorkehrungen überfanden. Der richtige Weg liegt also in der Mitte.

Eine stete, immerhin ersiehende Unterbrechung der mitleidigen Aufregung, als bei der Mitternacht, als der Sozialminister wiederholt betonte, es sei häufig bedauerlich, wenn zu der Frage der Wohnungsnot nicht die Gesetz der Wohlfahrt trete, die über dem barmherzigen Entwurf gestanden würde. Das ist natürlich mangelhafte Begründung bei den Opponenten hervor, die sich mitunter fast zu persönlichen Inzidenzen zuspitzen und den Präsidenten Ende wiederholt veranlassen, sämtliche Meinungen in Bezug auf die Frage der Wohlfahrt zu vertreten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Domisch-Dresden brachte dem Minister Sultans und hielt ebenfalls die Vorlage für nicht so bedeutend, um in der Öffentlichkeit Unruhe zu erzeugen. Auch ihm bestanden die Sprecher vorfalschender politischer Forderung das Publikum, um nicht amnestischen Reichstag zugehört zu sein, kann die Erledigung der Angelegenheit sich leichtlich noch einen oder zwei Tage hinzuziehen. io.

Der Besuch des Afghanenbündnis Aman Ullah.

Das Programm seines Berliner Aufenthalt.

Der König von Afghanistan wird, wie nunmehr feststeht, am 21. Februar von der Schweiz her an der deutschen Grenze eintreffen. Er wird dort von Vertretern der Reichsregierung empfangen und fährt im Sonderzug über Frankfurt a. M. nach Berlin ab, wo er am 22. Februar, morgens, an dem Reichstagshof ankommt. Hier wird er von dem Reichspräsidenten und den Spitzen der Behörden empfangen werden. Abends ist beim Reichspräsidenten ein Diner vorgesehen, am 23. ein Diner beim Reichskanzler, am 24. ein Galadiner. Am 25. gibt der König feierlich ein Diner.

König Aman Ullah wird dann zusammen mit seiner Gemahlin nach einige Tage in Berlin bleiben, um vor allem in industrielle Werke zu besichtigen, die für die Entwicklung seines Landes von Bedeutung sind. Daneben wird er verschiedene Schulen besichtigen und das deutsche Verkehrswesen eingehend studieren. Nach dem Verlassen Berlins wird sich das afghanische Königspaar voraussichtlich noch eine Woche in anderen Teilen Deutschlands aufhalten.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen.

Eine 75-Millionen-Anleihe — Entzerrung der Steuern.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen ist eine der größten Aufgaben der Reichsregierung. Die Regierung hat sich entschlossen, eine Anleihe von 75 Millionen zu emittieren, um die dringendsten Bedürfnisse der Ostpreußen zu decken. Diese Anleihe wird durch die Entzerrung der Steuern finanziert. Die Regierung hat auch eine Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft Ostpreußens zu unterstützen. Diese Maßnahmen umfassen die Erleichterung der Steuerlast, die Förderung der Landwirtschaft und die Unterstützung der Industrie. Die Regierung ist zuversichtlich, dass diese Maßnahmen zu einer baldigen Erholung der Ostpreußen führen werden.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen ist eine der größten Aufgaben der Reichsregierung. Die Regierung hat sich entschlossen, eine Anleihe von 75 Millionen zu emittieren, um die dringendsten Bedürfnisse der Ostpreußen zu decken. Diese Anleihe wird durch die Entzerrung der Steuern finanziert. Die Regierung hat auch eine Reihe von anderen Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft Ostpreußens zu unterstützen. Diese Maßnahmen umfassen die Erleichterung der Steuerlast, die Förderung der Landwirtschaft und die Unterstützung der Industrie. Die Regierung ist zuversichtlich, dass diese Maßnahmen zu einer baldigen Erholung der Ostpreußen führen werden.

Zur Entzerrung der öffentlichen Lagen wird das Reich durch Entgegenkommen bei den Reichsfinanzern und durch andere Entlastungsmaßnahmen, Preußen durch Erleichterung der Schulden und der Realsteuer beitragen. Schließlich werden die Vorschriften für eine besondere Berücksichtigung Ostpreußens auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs geprüft und anerkannt. Die Hilfsmaßnahmen werden unermüdetlich weitergeführt werden.

Einführung Deutscher in China.

Angeblühete Gewalttat von Banditen.

Die dauernden Unruhen in China haben nun auch mehrere Reichsangehörige in Schaden und Gefahr gebracht. Sogar der Tod einer Deutschen ist dabei zu beklagen. Aus Peking wird über den Vorfalle gemeldet: Während eines Gottesdienstes Mitte Januar drangen hundert Banditen bei Tage in das Gebirge der deutschen römisch-katholischen Mission in Puschang ein und entführten nach einem Zusammenstoß, bei dem einige Chinesen getötet und verwundet wurden, drei deutsche Missionare und eine Frau in die Gefangenschaft. Boten, die nach Tsingtschang geschickt wurden, um ein Lösegeld von 60 000 Dollar für die drei Deutschen zu fordern, wurden verhaftet; darauf wurden Truppen zur Befreiung der Deutschen abgeschickt. Als die Truppen zum Angriff schritten, keilten die Banditen die Deutschen dar sich auf. Während des Kampfes fielen die Komme der Aufregung. Ein Deutscher wurde verwundet.

Ob mittlerweile eine Befreiung der deutschen Priester möglich wird, ist aus den über London kommenden Meldungen nicht ersichtlich. Jedenfalls ist von den zuständigen Stellen zu erwarten, daß alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um Befreiung der Gefangenen und Sühne für die Freveltat zu erreichen.

Der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag.

Kritik haben und drüben.

Der Wortlaut des in Washington unterzeichneten französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages soll erst veröffentlicht werden, wenn der amerikanische Senat ihn ratifiziert haben wird. Nach dem Pariser „Petit Journal“ besteht der Vertrag aus einer Einleitung und aus vier Artikeln. Die Vorrede stellt fest, daß beide Mächte seit 150 Jahren in Frieden und Freundschaft leben und erklären, auf den Krieg als Instrument ihrer nationalen Politik verzichten zu wollen.

Artikel 1 sieht vor, daß alle Streitigkeiten, die zwischen den beiden Völkern entstehen könnten, durch eine Auswahlschlichtungsgesellschaft geregelt werden. Artikel 2 bestimmt, daß Streitigkeiten hinsichtlich der dem Internationalen Gerichtshof in Haag oder einem anderen Gerichtshof unterbreitet werden. Artikel 3 nimmt von dem Schiedsgerichtsverfahren aus: 1. Streitigkeiten, die sich aus der inneren Gesetzgebung eines der beiden Länder ergeben, 2. Streitigkeiten, die dritte Mächte betreffen, 3. Streitigkeiten in Zusammenhang mit der Monroe-Doktrin und 4. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Artikel des Völkerbundstatuts ergeben.

Der vierte der hier genannten Vorbehalte, der auf Frankreich Veranlassung eingeführt wurde, ist vom amerikanischen Senatsherrn nur nach langen Abwägen aufgenommen worden. Anbereits ankert auch die französische Presse Bedenken. Das „Journal“ schreibt, daß der Vertrag nicht das Mittel schaffe, auf friedlichem Wege alle Konflikte zu lösen, und das „Echo de Paris“ meint, daß man von den Vereinigten Staaten freundschaftliche Handlungen, mit ihren Überlieferungen und Interessen im Widerspruch stehen, nicht erwarten dürfe.

Die Abschaffung der Unterseeboote.

Japan ist skeptisch.

In einer Unterredung mit Pressevertretern führte der amerikanische Staatssekretär Kellogg aus, die Vereinigten Staaten bevorzugen die Einstellung des Bauens oder der Verwendung aller Unterseeboote, die eine herkömmliche Methode der Kriegsführung darstellen. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit der ganzen Welt einen Vertrag einzugehen, um das Ziel zu erreichen, auf das die von Toehringham im Nepraftamenthaus eingebrachte Entschließung abzielte.

Die Erklärung Kelloggs wird in Tokio mehr als trummer Wunsch denn als passiver Vorschlag betrachtet. Es ist kein, daß das japanische Marineministerium dieser Vorladung für nicht sehr ernst hält. Es wird in Abrede gestellt, daß Kellogg vor seinen Erklärungen in Tokio Erklärungen abgegeben habe, und hinzugefügt, daß sich die Ansicht Japans über die Abschaffung der Unterseeboote seit der Washingtoner Konferenz nicht geändert habe. Japan habe den Vorschlag grundsätzlich angenommen, aber nur unter der Bedingung, daß alle Mächte ihn annehmen.

Dem Marineberichterstatter der „Morning Post“ zufolge wird in britischen Kreisen die Hoffnung ausgesprochen, daß auf die Erklärung Kelloggs über die Unterseeboote-Frage später eine offizielle Note an die Mächte folgen werde.